

PRESSEMITTEILUNG

Leverkusen, 27. Mai 2024

Islamischen Extremismus entschieden bekämpfen: EAK fordert anonyme Umfrage zur islamistischen Aktivität an Leverkusener Schulen

Seit Angriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober haben auch in Deutschland die antisemitischen Übergriffe weiter zugenommen. Gleichzeitig nimmt die islamistische Radikalisierung in Deutschland ebenfalls zu. Gerade Schulen und Jugendliche rücken dabei immer mehr in den Fokus islamistischer Vereinigungen und Netzwerke. Die Gruppe Muslim Interaktiv hatte im Mai zu einer Demonstration in Hamburg aufgerufen, auf der die Einrichtung eines Kalifats in Deutschland gefordert wurde., auffällig war, dass an der Veranstaltung vor allem junge Männer teilnahmen. Die Gruppe Muslim Interaktiv wirbt gezielt auf TikTok gemeinsam mit Salafisten und Islamisten für junge Männer und instrumentalisiert dafür die aktuelle Krise in Gaza. Auch in Leverkusen war es zu einer antisemitischen Demonstration, organisiert von einer Verbindung aus dem Rechtsextremisten Markus Beisicht und einem bekannten Salafisten, gekommen. Vor diesem Hintergrund fordert der EAK-Vorsitzende einen Kommunalen Lageplan islamischer Extremismus für Leverkusen.

„Es kann nicht sein, dass wir islamische Terrornetzwerke ungehindert an junge Menschen heranlassen. Daher sollten wir uns einen Überblick verschaffen, welchen Einfluss die antidemokratische und islamistische Kampagne solcher Netzwerke auch auf Leverkusener Jugendliche hat.“, kommentiert der EAK Vorsitzende Kraski den Vorschlag. Auch andere Kommunen hätten sich bereits dem Thema angenommen. Ein erster Schritt wäre eine anonymisierte Umfrage an Leverkusener Schulen zu diesem Thema.

„Es ist wichtig, dass wir uns der antisemitischen und antidemokratischen Gefahr solcher Gruppen wie Muslim interaktiv bewusst werden. Sie sägen an den Grundpfeilern unserer freiheitlichen Grundordnung und werben oft unerkannt.. Diese Gefahr ist nicht abstrakt, wie die vom Faschisten Markus Beisicht organisierte antisemitische Demonstration in Leverkusen gezeigt hat.“, so Kraski weiter. 2023 war bekannt geworden, dass zwei jugendliche Pläne für einen Anschlag konkretisiert hatten, die mutmaßlich auch den Leverkusener Weihnachtsmarkt umfassten. „Wir sollten uns als Stadt dafür stark machen, dass es eine Meldepflicht an Leverkusener Schulen für antisemitische Vorfälle gibt. Auch könnte eine städtische Anlaufstelle für Jugendliche und Eltern eine Konsequenz aus solch einem Lageplan sein, um islamistische Aktivitäten aufzudecken und Betroffene zu beraten.“, so Kraski abschließend.